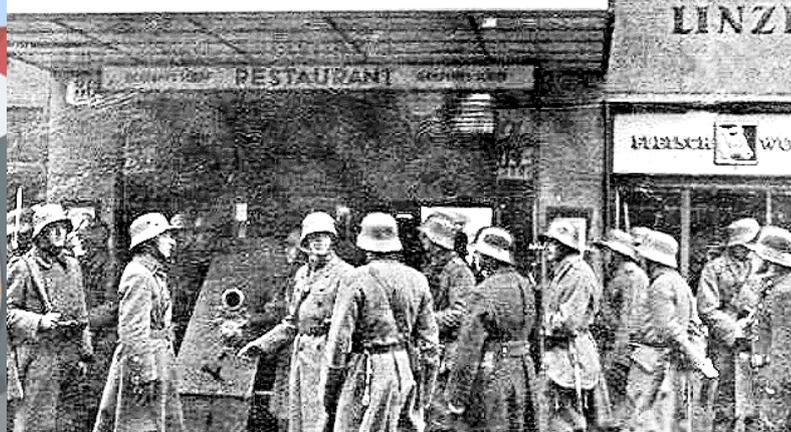


1934

UNTER DEM NOTVERORDNUNGSREGIME 1933 BIS 1934

# HOTEL SCHIFF



Am 12. Februar leisten Linzer Sozialdemokraten bewaffneten Widerstand gegen die Durchsuchung des Parteiheims „Hotel Schiff“ (oben). Nach der Niederlage kommen über 1.200 Menschen in Haft (unten eine Verhaftung in Wien). Viele gehen ins Exil, andere in den Untergrund.



Ein weiterer Schritt zur Entdemokratisierung ist das Verbot aller Richtungs-gewerkschaften. An ihre Stelle tritt der per Verordnung vom 2. März eingerichtete „Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten“. Seine Funktionäre werden vom Sozialminister ernannt (links).

## Arbeiter und Angestellte!

Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat durch die Errichtung des **Gewerkschaftsbundes** eine Einrichtung geschaffen, der es obliegt, im Geiste sozialer Gerechtigkeit die **arbeitsrechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter, Arbeiter und Angestellten zu vertreten.** — Bundeskanzler haben den Weg zum **Gewerkschaftsbund** bereits gefunden, und ist dieser den ihm gestellten Aufgaben bisher auch gerecht geworden.

**Arbeiter und Angestellte! Schließt euch zusammen in eurer Interessenvertretung und helft mitarbeiten an dem Werke unseres Heidenkanzlers. Ihr helft euch damit selbst!**

Weltfremdsetzungen werden von jedem Oelschellensteller sowie vom Landesheidiell Bürgerland des Gewerkschaftsbundes entgegengenommen.



# DER FALL DER ROTEN FESTUNG

Der Rechtsstaat ist außer Kraft. Karl Münchreiter, einer der Wiener Schutzbundführer, wird als Schwerverletzter hingerichtet (unten der Transport zum Würgegalgen).



*Münchreiter's letzter Gang, 14. II. 1934. Beigesetzt: Krematorium, Abt. 3, Ring 3, Gr. 3, N. 26*

Die Politik des Notverordnungsregimes gegenüber der Opposition ist unterschiedlich. Trotz des Verbots der NSDAP und trotz ihrer Terroranschläge gibt es immer wieder Gesprächskontakte, es geht darum, sich mit Hitler-Deutschland zu arrangieren. Der sozialdemokratischen Seite wird dagegen jedes Gespräch verweigert. Alle in der Regierung sind sich einig, dass die SDAP und die freien Gewerkschaften mit ihren Nebenorganisationen in absehbarer Zeit zerschlagen werden sollen und die „rote Festung“ Wien fallen muss. Die Suche nach Waffenverstecken des verbotenen Schutzbunds durch Polizei und Heimwehr in Parteiheimen provoziert so lange, bis die Stillhalteparole der SDAP-Führung nicht mehr befolgt wird und Widerstand den Anlass zum Zuschlagen bietet. In den Kämpfen zwischen dem 12. und dem 16. Februar in Wien und den Industriegebieten hat der Schutzbund gegen Bundesheer, Polizei und Heimwehr keine Chance. Die Kämpfe fordern insgesamt mindestens 350 Opfer. Acht Todesurteile werden vollstreckt, darunter an dem steirischen Nationalratsabgeordneten Koloman Wallisch. Justizminister Schuschnigg leitet die Gnadengesuche an den Bundespräsidenten nicht weiter, weil er „abschreckende Beispiele“ für unbedingt notwendig hält.